

Schmidt, Gerlind

Bildungsreform in der DDR zwischen "pädagogischer Erneuerung der Schule" und deutsch-deutscher Bildungsunion

Zeitschrift für Bildungsverwaltung 6 (1990) 1, S. 3-18

urn:nbn:de:0111-opus-18700



Nutzungsbedingungen / conditions of use

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft
Informationszentrum (IZ) Bildung
Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Gerlind Schmidt

Bildungsreform in der DDR zwischen "pädagogischer Erneuerung der Schule" und deutsch-deutscher Bildungsunion

Einführung

Bis zur politischen Wende im Herbst 1989 wurden in der DDR das Bildungswesen und speziell die - Margot Honecker als Minister für Volksbildung unterstellte - allgemeinbildende Schule offiziell als besonders erfolgreich und zugleich vorbildlich für das gesamte Deutschland ausgegeben. Seither kam diese Einschätzung in mehreren Etappen schrittweise immer mehr ins Wanken. Während Ministerpräsident de Maizière in seiner Regierungserklärung vom 19. April 1990 vom "katastrophalen Erbe der SED-Herrschaft im Bildungswesen" gesprochen hatte (Gesamtdeutsches Institut, Dokumentation, S. 89), geht sein Bildungsminister Meyer davon aus, daß "spezifische" Eigenheiten des Bildungswesens in der DDR weiterbestehen sollten (Frankfurter Rundschau, 15. Mai 1990, S.21). Wie kam es zu diesem Widerspruch?

Angesichts der Auswanderungswelle besonders junger Leute, die die DDR verlassen hatten, war es die künstlerische Intelligenz, die in der friedlichen Revolution im Oktober/November 1989 erstmals seit Jahrzehnten in der Öffentlichkeit scharfe Kritik am erzieherischen Versagen der Schule geübt hatte. Die ersten Wochen der Regierung Modrow waren folglich von Sofortmaßnahmen im Bereich der ideologischen Erziehung (Veränderungen bei Staatsbürgerkunde und Geschichtsunterricht, Abschaffung der Wehrerziehung) gekennzeichnet. Zahlreiche verantwortliche Personen aus der Bildungsverwaltung, Schuldirektoren, aber auch Lehrer quittierten ihren Dienst. Weil eine neue, demokratisch legitimierte staatliche Autorität fehlte, entstanden im gegebenen Machtvakuum rechtsfreie Räume, die teilweise vor Ort durch basisdemokratische Reforminitiativen im Sinne einer pädagogischen Erneuerung der Schule ausgefüllt wurden. Einige ministerielle Sofortmaßnahmen, wie der Übergang zur Fünftageswoche, wurden durch Druck der Beteiligten, d.h. der Lehrer, Eltern und Schüler "von unten" erzwungen.

Kennzeichnend für diese Phase war das Muster des "Runden Tisches", der im Bildungsbereich Vorbild für zahlreiche Basisgruppen, aber auch für die vom neuen Bildungsminister eingesetzten Arbeitsgruppen war, die Vorschläge zu einzelnen Problemkomplexen von der Schulstruktur bis zur Lehrerbildung ausarbeiteten. Vorherrschend bei diesen Initiativen war die Absicht, unter Hinzuziehung eines pluralistischen Spektrums von Fachleuten und verdienten Einzelpersonlichkeiten (z.B. aus den Kirchen) einen gesellschaftlichen Konsens zu finden, der einem neu zu schaffenden Bildungsgesetz vorausgehen sowie in eine Verfassungsreform eingehen sollte. Tatsächlich wurde in vielen Punkten Übereinstimmung erzielt, wobei besonders das Festhalten an einer zehnjährigen Regelschule und 12jährigen Schulzeit bis zum Abitur Erwähnung verdient - allerdings in viel stärkerem Maße mit Elementen der Differenzierung als in der Vergangenheit verbunden. (Vgl. auch Schmidt, Forum E, 1990, 2.) Diese Phase wurde mit einer letzten Stellungnahme des "Zentralen Runden Tisches" vor der Volkskammerwahl im März beendet (vgl. Ad hoc, 1990, 5, SB 1/90), als noch einmal versucht wurde, mit Blick auf die sich abzeichnende rasche deutsche Einigung "Bewahrenswertes", wie etwa das verfassungsmäßig garantierte Recht auf lebenslange Bildung, aber auch konkrete Forderungen wie den Erhalt der subventionierten Schulspeisung und nachmittäglichen Betreuung von Schülern, die Sicherung des polytechnischen Unterrichts und des Besitzstandes des Jugendverbandes festzuschreiben.

Eine dritte, noch andauernde Phase wurde mit der Volkskammerwahl vom März 1990 eingeleitet, die die Entscheidung der Regierung de Maizière mit sich brachte, einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes anzustreben und die Länderstruktur der DDR wiederherzustellen. Mit dieser Weichenstellung wurden Absichten der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und eines neuen Bildungsgesetzes vorerst zurückgedrängt. Zugleich begann mit dem Entstehen einer sehr differenzierten politischen Landkarte in der DDR auch die Perspektive Raum zu greifen, anstelle der bisherigen einheitlichen mit einer nach Ländern regional differenzierten Schulpolitik rechnen zu müssen, die in Spannung zu dem bisherigen Bestreben nach einem allgemeinen Konsens unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte in Bildungsfragen stehen könnte. Diese Phase ist auch von zunehmender Aktivität mehrerer, nach westdeutschem Muster geschaffener Lehrerverbände sowie neugegründeter regionaler Gewerkschaftsverbände gekennzeichnet. Formen des deutsch-deutschen Kennenlernens an der "Basis", z.B. durch Schulpartnerschaften, wurden ausgedehnt. Ein erstes Zusammentreffen des neuen Bildungsministers der DDR, Hans Joachim Meyer mit Bundesbildungsminister Moellemann und der KMK führte zur Gründung

einer gemeinsamen Bildungskommission beider deutscher Staaten im Mai 1990, die das Ziel verfolgt, die Zusammenführung beider Bildungssysteme vorzubereiten. Die Zusammenarbeit auf Länderebene ist am weitesten fortgeschritten in Berlin, wo es einen gemeinsamen Bildungsrat beider Teile der Stadt gibt; aber auch eine hessisch-thüringische Schulkonferenz unter Einbeziehung von Fachleuten der Bildungsverwaltung hat inzwischen stattgefunden.

Zu den Bedingungen, die seitens der DDR unter der Zielsetzung einer Zusammenarbeit eingebracht werden, gehören neben den beschriebenen neuen Entwicklungen auch die vierzigjährigen Traditionen eines zentral gesteuerten Bildungssystems, die die Rechtsordnung, die Verwaltung, die Arbeit der Bildungsinstitutionen, aber auch die Vorstellungswelt der Beteiligten tief geprägt haben. Auch muß berücksichtigt werden, daß in dieser Situation manchmal allzu eilig und extrem nach Neuem gestrebt und zu wenig darauf geachtet werden dürfte, an "Bewährtem" festzuhalten. Zur Zeit erkennbare Spannungsbereiche sollen im Folgenden näher beleuchtet werden, wobei die Frage im Hintergrund steht, ob das Bildungswesen und besonders die Schule der DDR im geeinten Deutschland noch über längere Zeit ein eigenes Profil besitzen wird.

Kernpunkte bildungs- und schulpolitischer Veränderung in der DDR

Kennzeichnend für das "einheitliche sozialistische Bildungssystem" der DDR waren in der Vergangenheit die Prinzipien der zentralen Lenkung und Steuerung: Neben der staatlichen Trägerschaft (die die Weltlichkeit des Bildungswesens einschloß), kamen diese Prinzipien in einer hierarchischen Verwaltungsstruktur, großer Einheitlichkeit von Aufbau und Inhalten der einzelnen Bereiche des Bildungswesens, in der Ausgestaltung der Mitwirkung von Schulleitern, Lehrern, Eltern und Schülern, aber auch in der rigorosen staatlichen Bildungsplanung sowie der - übrigens relativ großzügigen - Finanzierung des Bildungswesens zum Ausdruck. Die in der DDR resultierende Reglementierung, die im Nachhinein als "zentraler Dirigismus" bezeichnet worden ist, war im Vergleich zu den anderen realsozialistischen Staaten besonders extrem und mit großer Uniformität der Abläufe bis in die einzelnen Schulen und Bildungsstätten verbunden.

Nach der "Wende" mit der Kennzeichnung "Stalinisierung" belegt wurden die beschriebenen Erscheinungen, weil übereinstimmend mit der Verfassung der DDR in der politischen Wirklichkeit der Sozialistischen Einheitspartei mit ihren Beschlüssen gegenüber Gesetzen und anderen rechtlichen Regelungen ein Primat zukam. Dabei besaß die SED auch

das Monopol, die Öffentlichkeit zu kontrollieren, wozu ihr ein ausgefeiltes System von Sanktionen zur Verfügung stand.

Da in der Vergangenheit Mitarbeiter des Volksbildungsministeriums und der Schulverwaltung sowie Schuldirektoren ausnahmslos (und Lehrer mehrheitlich) der SED oder aber einer der ihr nahestehenden Blockparteien angehörten, waren die Voraussetzungen für einen Neuanfang mit unbelasteten Fachleuten für das neue Ministerium ungünstig, das sich einer in diesem Punkt äußerst kritischen Elternschaft gegenüber sah. Durch rigorose Maßnahmen hätte auch das persönliche Schicksal von fachlich ausgewiesenen und moralisch integren Persönlichkeiten zur Debatte gestanden. Der amtierende Minister, der Professor der Humboldt-Universität für Anglistik ist, sprach von der Gefahr einer "Demoralisierung der ostdeutschen Intelligenz insgesamt" (Tagesspiegel, 20. Juni 1990, S.11) und war bei der Auswechslung von Personal besonders um die Gewährleistung von Rechtssicherheit bemüht.

Die Ansätze, die neuen Gestaltungsspielräume auszufüllen, sind je nach dem zugrundeliegenden politischen Zusammenhang sehr unterschiedlich weit gediehen. Brisant erscheint der Aspekt der Finanzierung; mit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 ist ein Zwang zu raschen Neuregelungen eingetreten, wobei nur die Schulferien einen gewissen Aufschub ermöglichen. So sind im Bereich der allgemeinbildenden Schule die bisherigen stark subventionierten Sätze für das Schulessen und die kostenlose Nachmittags-, Freizeit- und Ferienbetreuung für die Mehrzahl der Schüler kaum mehr zu gewährleisten, aber auch die niedrigen Lehrergehälter (und damit die relativ gute Lehrerversorgung) stehen zur Debatte. Wegen der schwierigen wirtschaftlichen Situation vieler Betriebe sind die von ihnen getragenen Kinderkrippen und Betriebskindergärten sowie die Durchführung des polytechnischen Unterrichts in ihrem Fortbestehen gefährdet, sämtlich Bereiche, für deren Erhalt sich auch das Bildungsministerium engagiert hat.

Mit großer sozialer Verunsicherung verbunden ist schließlich auch der Abbau der Bildungsplanung. Schul- und Berufslaufbahn wurden bislang vom gesellschaftlichen Bedarf und den verfügbaren Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, von den Leistungen und dem politischen Wohlverhalten des einzelnen Bewerbers abhängig gemacht; jedem Absolventen der verschiedenen Bereiche der beruflichen Qualifizierung, wozu in der DDR auch die Hochschulbildung zählte, war nach Ausbildungsabschluß ein Arbeitsplatz garantiert. Einspruchsmöglichkeiten für Eltern bzw. die betroffenen jungen Leute selbst waren wenig entwickelt und insbesondere in Fällen ausgeschlossen, in denen die Beurteilung der politischen Gesinnung ausschlaggebend für die Ablehnung eines Bewerbers gewesen war. Als Gegenreaktion auf diese konfliktreiche Situation zeichnet sich ein

weitgehender Rückzug des Staates aus der Bildungs- und Berufsweglenkung zugunsten des Elternwillens und der Eigeninitiative der jungen Erwachsenen ab. Die persönliche Entscheidung wird jedoch in einer Situation freigestellt, in der eine Abschätzung von Berufsperspektiven durch die wirtschaftliche Umbruchsituation in vielen Bereichen illusorisch ist und Arbeits- und Ausbildungsplätze knapp sind. Während auf die alten Beratungsinstitutionen nicht mehr zurückgegriffen werden kann, stecken die nach dem Vorbild der Bundesrepublik arbeitenden neuen noch in den Kinderschuhen. Als bemerkenswertes Nebenergebnis der Gesamtentwicklung verdient Erwähnung, daß neu zu besetzende Lehrerstellen erstmals seit den 20er Jahren wieder ausgeschrieben werden.

Kaum überschaubar ist für Eltern auch die Frage der zur Wahl stehenden weiterführenden Schulen. Für den Beginn des neuen Schuljahres am 1. September 1990 steht bereits seit dem Winter fest, daß zusätzlich zum bisherigen Übergang in die Erweiterte Oberschule, die nach Abschluß der obligatorischen 10klassigen Einheitsschule in zwei Jahren zum Abitur führte, ab Klasse 9 Leistungsklassen eröffnet werden. Politisch umstritten werden die Bemühungen der ersten Stunde an einzelnen Schulen sein, sich von der "Basis" her als Gesamtschulen nach bundesdeutschem Vorbild oder aber als Spezialschulen mit erweitertem Fremdsprachenunterricht (ab Klasse 3!) neu zu begründen; der letztgenannte Schultyp - bislang dem Russischunterricht vorbehalten - galt in der DDR schon vor der "Wende" unter der Hand als "elitär".

Gerade durch solche "Initiativen von unten" ist das neue Bildungsministerium besonders gefordert, will es doch auch eine Koordinierung der Arbeit der öffentlichen Schulen gewährleisten. Die Verwaltung der Vergangenheit, die den Schulrat auf Stadtbezirks-, Stadt-, Kreis- und Bezirksebene gekannt hatte, war hierarchisch gegliedert gewesen. Neben der Schulinspektion hatten den Schulräten mit den Pädagogischen Kreiskabinetten (PKK) und den Bezirkskabinetten für Unterricht und Weiterbildung (BUW) auch Institutionen unterstanden, die weniger der Anleitung, Aufsicht und Kontrolle als vielmehr der fachlichen Beratung der Schuldirektoren und Lehrer dienten. In der Praxis hatten sich Kontrolle und Beratung hierbei nicht selten konflikthaft vermischt; dennoch wird die Tätigkeit der sog. Fachberater auch heute in der DDR bei Fachleuten noch durchaus positiv gewertet.

Die Schuldirektoren hatten die Funktion von Einzelleitern, nachdem eine kollegiale Schulleitung sich in der DDR nicht erhalten können; die Vollversammlung der Lehrer und Erzieher, der Pädagogische Rat, diente primär der Festlegung des Pädagogenkollektivs der Schulen auf aktuelle bildungspolitische Leitlinien und hatte ansonsten nur beratende Funktion. Der Elternbeirat sollte über die einzelnen Klassenelternaktivs

im Sinne der Schule auf die Elternschaft insgesamt, aber bei Bedarf auch auf einzelne Familien "erzieherisch" einwirken. Der Handlungsspielraum des einzelnen Lehrers in diesem Spannungsfeld war gering. Die Lehrpläne, die "Gesetzescharakter" besaßen, schrieben ihm die Unterrichtsinhalte minutiös über das ganze Jahr verteilt vor, und erst in den letzten Jahren kamen in der Wissenschaft Forderungen auf, Lehrern einen individuellen Unterrichtsstil zuzugestehen; dem stand freilich eine verschulte Lehrerbildung entgegen. Lehrerstudenten erlernten eine Art der Unterrichtserteilung, die nach dem Muster eines kurzschrittigen vom Lehrer frontal geführten Frage- und Antwort-Ablaufs erfolgte. Mit der postulierten Verantwortlichkeit der Lehrer für die Unterrichtsergebnisse bei den Schülern war auch eine Zensureninflation verbunden, von der Lehrer jetzt in individuell sehr unterschiedlicher Weise abrücken, und die bei der Anerkennung des DDR-Abiturs in der Bundesrepublik eine Rolle spielte.

Erste Schritte zur Schaffung eines neuen juristischen Instrumentariums zeichnen sich derzeit ab; so wurde eine Verordnung über die Bildung vorläufiger Schulaufsichtsbehörden sowie eine Verordnung über Mitwirkungsgremien und Leitungsstrukturen im Schulwesen erlassen (Gesetzblatt der DDR, T.1, vom 19.6.1990, S. 294ff., DLZ, 1990, Nr. 23, S. 5). Ein "Verfassungsgesetz über Schulen in freier Trägerschaft" (Frankfurter Rundschau 26.7.1990, S. 4) wurde soeben verabschiedet. Welche Weichenstellungen in bezug auf einen möglicherweise auch künftig wirksamen öffentlichen Konsens zeichnen sich mit diesen Regelungen ab?

Die Dokumente belegen, daß der bis zur Gründung der Länder amtierende Minister beabsichtigt, einen Kompromiß von Einheit und Vielfalt bei der Gestaltung der Schulen ("notwendiges Minimum an Einheitlichkeit"; DLZ, 1990, 23, S. 5) sowie eine "Balance zwischen neuer obrigkeitstaatlicher Befugnis und neuer demokratischer Mitbestimmung von unten" zu finden (Ad hoc, 10/11, 1990, S. 2); dabei sollen erstmals in der DDR Schulen in freier Trägerschaft anerkannt werden, die auch einen Anspruch auf öffentliche Finanzhilfe haben. Im einzelnen bleibt das Ministerium bis zur Ländergründung oberste Schulaufsichtsbehörde, koordiniert und kontrolliert die Unterrichts- und Erziehungsarbeit, ist aber auch gehalten, die "Verantwortung der Einrichtungen und Pädagogen für die Bildung und Erziehung" vor Ort zu fördern (DLZ, 1990, 23, S.5). Daß die bisherige enge Verbindung von Aufsicht und Beratung fortbestehen soll, deutet sich darin an, daß die Beratung der unterstellten Leiter und Pädagogen als Aufgabe der Schulaufsicht genannt wird (ebd.). Im Gegensatz zur Vergangenheit ist der artikulierte Beratungsbedarf besonders der Lehrerschaft groß, die die bislang kaum gekannten Freiräume zu selbst-

ständiger pädagogischer Gestaltung ihres Unterrichts als Verunsicherung, aber auch als Chance erlebt. Geht man das Konzept durch, das der Verordnung über die Mitwirkungs-gremien zugrundeliegt, so fallen besonders folgende Spezifika auf: Es gibt nun mit der Schulkonferenz, der Lehrerkonferenz, der Fachkonferenz, der Klassenkonferenz und der Elternvertretung eine Mehrzahl von Gremien, die Informations-, Anhörungs-, Beratungs- und Vorschlagsrechte besitzen; die Schulkonferenz, in der Lehrer, Eltern und Schüler im Verhältnis 2 : 1 : 1 vertreten sind, kann Vorschläge auch zur Veränderung der bisherigen Schulform unterbreiten, wobei das letzte Wort jedoch beim Schulrat liegt. Ansätze basisdemokratischer Konzepte sind auch eingegangen, wenn z.B. in die Kreis- und Landesschulbeiräte, die den jeweiligen Schulrat beraten, interessierte Vertreter der Öffentlichkeit (etwa aus den Lehrgewerkschaften oder Kirchen) gewählt werden sollen und auch der Vorsitzende dieser Gremien ein dem Schulwesen gegenüber "Externer" sein soll. (Gesetzblatt, S. 296).

Für die vieldiskutierte Frage der Besetzung von Schuldirektorenstellen zeichnet sich ab, daß neben einer Ausschreibung freier Stellen ein Vorschlagsrecht der Pädagogen- und Schulkonferenz, nicht aber ein Wahlrecht dieser Gremien (wie in der Sowjetunion) praktiziert wird (DLZ 23, 1990, S.10): Die endgültige Entscheidung liegt vielmehr bei den Schulräten, die nach den Kommunalwahlen vom Mai 1990 mehrheitlich vom Bildungsminister in Abstimmung mit den Städten, Kreisen und Bezirken bereits neu ernannt worden sind; eine Wiederernennung auch der alten Schuldirektoren ist nicht ausgeschlossen, soweit sie ein Vertrauen ihrer Schulen auch über die "Wende" hinaus bewahrt haben.

Politischen Zündstoff wird möglicherweise auch noch die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft mit sich bringen; neben der staatlichen Anerkennung bisheriger privat finanzierter kirchlicher Schulen kommen Waldorfschulen, aber auch Alternativschulen infrage, die angesichts vierzigjähriger staatlicher Einheitsschultradition nicht wenigen Eltern als einziger Ausweg erscheinen, ihren Kindern den Besuch einer im pädagogischen Sinne tiefgreifend erneuerten Schule zu gewährleisten. In diesem Punkt betreibt das Ministerium eine eher vorsichtige Politik, zumal die finanziellen Probleme von Schulgründungen seit der Wende in der DDR nur in Einzelfällen gelöst sind.

Schlußbemerkung

Die gegenwärtige schulpolitische Situation in der DDR ist dadurch gekennzeichnet, daß es in den Kernfragen eine Spannung zwischen der Elternschaft und den professionellen Pädagogen gibt. Die Elternschaft drängt großenteils auf eine möglichst rasche personelle, strukturelle und inhaltliche Erneuerung der Schule; insbesondere möchten Eltern wissen, wie die Schulen aussehen, denen sie ihre Kinder im Schuljahr 1990/91 anvertrauen, nachdem sie erstmals seit Jahrzehnten Gelegenheit zur freien Schulwahl haben. Dabei ist eine Bereitschaft absehbar, für die Erhaltung der sozialpolitischen Leistungen der Schule der Vergangenheit noch immer öffentlich zu demonstrieren, wie es bereits im Januar zugunsten des Erhalts von Schülern und Schulort geschehen war.

Die reformfreudigen Schuldirektoren und Lehrer hingegen, die seit einem guten halben Jahr aus der provinziellen Abgeschlossenheit der Pädagogik und Schule der DDR entlassen sind, wünschen sich längere Zeiträume, um im Disput mit Eltern und Kollegen Neuerungen auszuprobieren und eigene Erfahrungen sammeln zu können, ehe sie "von oben" auf endgültige Lösungen festgelegt werden. Der Bereitschaft zur kritiklosen Übernahme von Bildungsstrukturen der Bundesrepublik bei einigen Pädagogen steht hierbei ein selbstbewußtes Eintreten für "Bewährtes" in der Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule der DDR bei anderen entgegen. Das Ministerium, das sich um eine ausgewogene Politik im Sinne des Aufgreifens jener Vorstellungen bemühte, über die im Winter und Frühjahr bereits weitgehender Konsens geherrscht hatte, steht vor der Aufgabe, die Voraussetzungen für die Verlagerung seiner Zuständigkeiten im schulischen Bereich zu den neu zu gründenden Ländern zu schaffen; es wird nach den Landtagswahlen im Herbst keine Kompetenzen für die Schulpolitik mehr haben, sodaß auf dieses einigende Band zwischen den neu begründeten Ländern nicht mehr zu hoffen sein wird.

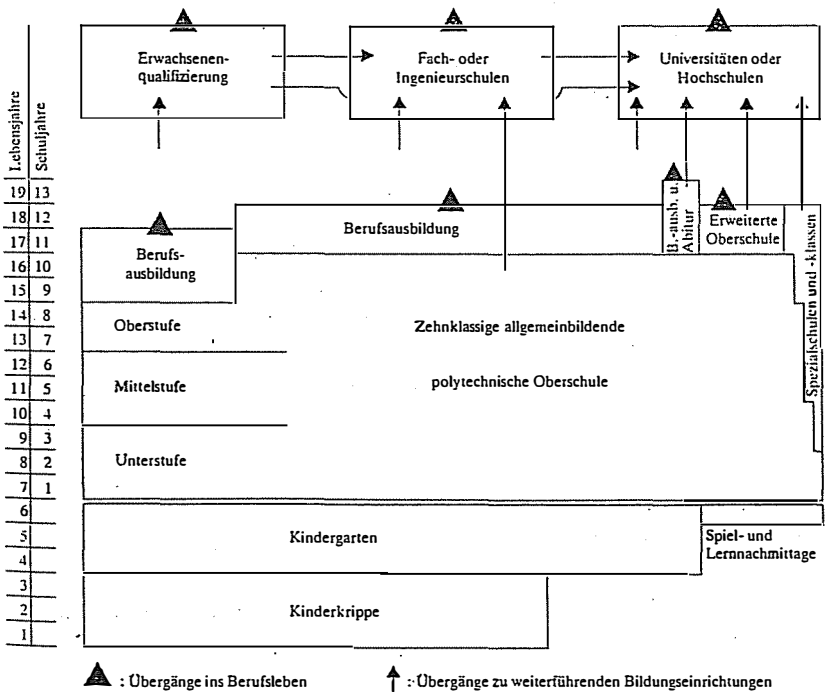
Ob solche bemerkenswerten basisdemokratischen Elemente wie die Entscheidungen einzelner Schulen über die Form ihrer Fortexistenz (z.B. als Gesamtschulen, Spezialschulen bzw. Gymnasien) oder auch die Ausgestaltung der schulischen Mitwirkungsgremien nach den Landtagswahlen in allen Ländern mit demselben Nachdruck wie bisher Unterstützung finden werden, ist noch nicht abzusehen. In diesem Zusammenhang ist es auch fraglich, ob die Lehrer und insbesondere die Eltern in der DDR hierfür noch einmal auf die Straße gehen werden, zumal die ökonomischen und sozialpolitischen Probleme in den Schulen und deren Umfeld noch für längere Zeit gravierend sein werden.

Literatur

- Auszug aus dem Originalprotokoll an die Volkskammer. Zentraler Runder Tisch. 15. Sitzung, Montag, 5.3.1990. In: Ad hoc, 1990, 5, SB 1/90.
- Deutsche Lehrerzeitung (=DLZ), Nr.23, S. 5. (= Verordnung des Ministerrates der DDR vom 30. Mai 1990 über Mitwirkungsgremien und Leitungsstrukturen im Schulwesen sowie zur Bildung einer vorläufigen Schulaufsichtsbehörde.)
- "Freie Schulen" in DDR-Verfassung verankert. In: Frankfurter Rundschau, 26.07.1990, S. 4.
- Gesetzblatt der DDR, T.I., Nr.32 vom 19.06.1990, S. 294-296.
- KÜPPER, MECHTHILD: Der Minister hat für eine neue Bildungspolitik kaum Spielraum. In: Der Tagesspiegel, 20.06.1990, S. 11.
- DE MAIZIERE, LOTHAR: Regierungserklärung vom 19.04.1990. In: Dokumentation zur politischen Entwicklung in der DDR und zu den innerdeutschen Beziehungen. April 1990. Hg.: Gesamtdeutsches Institut. Bonn 1990, S. 79-93.
- MEYER, HANS JOACHIM: "Man hat den Lehrern eigenes Handeln systematisch abgewöhnt". In: Frankfurter Rundschau, 15. Mai 1990, S. 21.
- PETER, VOLKHARD: "Vermischtes" Resümee zur Volksbildungsbewegung in der DDR. In: Ad hoc, 1990, 10/11, S. 1f.
- SCHMIDT, GERLIND: Bildungsreform in der DDR - Grundlegende Erneuerung der Schule? In: Forum E, 1990, 2, S. 9-12.

Anhang 1

Gliederung des Bildungssystems der DDR



Quelle: DDR Handbuch, Band 1. Köln 1985, 3. Aufl., S. 319

Erläuterung: Auf ein bisher dichtes Netz von Kinderkrippen und Kindergärten (von Kommunen, aber auch Betrieben getragen) baute die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule als staatliche Regelschule auf, die bei einheitlichen Bildungs- und Lehrplänen von ca. 85% der Schüler des entsprechenden Altersjahrgangs abgeschlossen wurde. Während der ideologische Bekenntnischarakter der Schule und die Wehrerziehung rasch beseitigt wurden, soll der in Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben erteilte polytechnische Unterricht auch unter den gegenwärtig schwierigen ökonomischen Bedingungen nach Möglichkeit erhalten bleiben. Der Besuch der zweijährigen Erweiterten Oberschule soll durch sog. Leistungsklassen mindestens ab Klasse 9 vorbereitet werden; die dreijährigen Abiturklassen in den Einrichtungen der Berufsausbildung sollen erhalten bleiben. Für den Zugang zur weiterführenden Bildung, wozu auch die teilweise mit Klasse 3 beginnenden Spezialschulen und -klassen für besondere Begabungen zu rechnen sind, soll neben den Schulleistungen statt der ideologischen Zuverlässigkeit nunmehr der Elternwille ausschlaggebend sein. Haben bisher nur ca. 15 % des Altersjahrgangs das Abitur auf direktem Wege erworben, um einen der knappen - nach volkswirtschaftlichem Bedarf zentral geplanten und mit einem Stipendium versehenen - Studienplätze zu erhalten, so sollen Abiturientenquote und Studentenzahlen künftig erheblich ausgeweitet werden. Entfallen ist bereits die Garantie, nach Ausbildungs- bzw. Studienabschluß einen qualifikationsgemäßen Arbeitsplatz zu erhalten. Dies bedeutet massive Umstellungen auch für die bisherige Berufsausbildung, die - durch eine Verbindung von kommunalen und Betriebsberufsschulen mit betrieblicher Ausbildung in Lehrwerkstätten, aber auch direkt in den Arbeitsprozessen - nach dualem Muster verlief.

Anhang 2

Stundentafel der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der DDR (POS)

Fach	Klasse	1		2	3	4	5	6	7	8	9	10
		1.H.	2.H.									
Deutsch		11	10	12	14	14	7	6	5	4+1	4	3
Russisch							6	5	3	3	3	3
Mathematik		5	5	6	6	6	6	6	6	4	5	4
Physik								3	2	2	3	3
Astronomie												1
Chemie									2	4	2	2
Biologie							2	2	1	2	2	2
Geographie							2	2	2	2	1	2
Werkunterricht	1	1	1	1	1	2	2	2				
Schulgarten- unterricht			1	1	1	1						
Polytechni- scher Unterricht									4	4	5	5
Klassen 7-10, davon												
Einführung in die sozialisti- sche Produktion									(1)	(1)	(2)	(2)
Technisches Zeichnen									(1)	(1)	(-)	(-)
Produktive Arbeit									(2)	(2)	(3)	(3)
Geschichte							1	2	2	2	2	2
Staatsbürger- kunde									1	1	1	2
Zeichnen	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	
Musik	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1
Sport	2	2	2	2	3	3	3	3	2	2	2	2
		21	21	24	27	29	31	33	32	32+1	32	32
Fakultat. Unterricht (Wahlunterricht)												
Nadelarbeit						1	1					
2.Fremdsprache (E/F)									3	3	3	2/3*
Wochenstunden insgesamt bis zu	21	21	24	27	30	32	33	33	35	35+1	35	34 bzw. 35

Quelle: Die Deutsche Demokratische Republik. Jubiläumsausgabe 1984.
Bibliographisches Institut, Leipzig 1984, S. 482 (nach:
bildung konkret 2/1990, S. 7)

Anhang 3

Stundentafel der erweiterten Oberschule der DDR (EOS)

	Klasse 11		Klasse 12	
	1. Schul- halbjahr	2. Schul- halbjahr	1. Schul- halbjahr	2. Schul- halbjahr
Obligatorischer Unterricht				
Deutsche Sprache und Literatur		3		4
Russisch	5		3	
2. Fremdsprache	3	2	3	5
Mathematik		5		5
Physik		3		3
Chemie		2		3
Biologie		2		3
Geographie		2		1
Geschichte		3		1
Staatsbürgerkunde		1		1
Sport		2		2
	31	28	28	31
Wahlweise obligatorischer Unterricht				
Wissenschaftspraktische Arbeit		4	4	
Kunsterziehung oder Musik		1		1
	32	33	33	32
Fakultativer Unterricht bis zu		3		3
Wochenstunden insgesamt bis zu	35	36	36	35

Quelle: Die Deutsche Demokratische Republik. Jubiläumsausgabe 1984. Bibliographisches Institut, Leipzig 1984, S. 482 (nach: bildung konkret 2/1990, S. 7)

Anhang 4 Statistische Eckdaten zum Bildungswesen der DDR

Quelle für Tabellen A bis F: Renschel, D.; Wolter, W.: Bildungs-ökonomische Probleme und Rahmenbedingungen für eine Reform des Bildungswesens der DDR (= Bildungswesen aktuell 2/1990 vom 8.3.90). Berlin: Akad. d. Päd. Wiss. d. DDR, Zentralstelle für päd. Inform. u. Dok., 1990, S. 20-22

Tabelle A: Kindergarten nach Ländern¹

Land	Betreute Kinder	Gruppen	Frequenz	Versorgungsgrad
Berlin	63 500	3 600	17,9	967
Brandenburg	132 900	8 750	15,2	945
Mecklenburg	106 600	6 950	15,3	930
Sachsen/Anh.	133 200	8 800	15,1	936
Sachsen	211 100	13 400	15,8	933
Thüringen	117 000	7 800	15,1	945
Gesamt	764 400	49 200	15,5	940

¹ Gerundete Zahlen

Quelle: nach Berechnungen von W. Nixdorff/I. Dietrich, APW

Tabelle B: Oberschulen nach Ländern¹

Land	Schüler 1.-10.Kl.	Klassenanzahl	Frequenz	Absolventen
Berlin	141 100	6 400	22,2	10 700
Brandenburg	329 600	15 600	21,1	25 600
Mecklenburg	274 800	12 600	21,8	20 800
Sachsen/Anh.	338 700	16 600	20,4	27 900
Sachsen	554 900	25 700	21,6	44 700
Thüringen	298 600	14 400	20,8	25 100
Gesamt	1 937 900	91 200	21,2	154 700

¹ Gerundete Zahlen

Quelle: nach Berechnungen von W. Nixdorff/I. Dietrich, APW

Tabelle C: Erweiterte Oberschulen nach Ländern¹

Land	Schüler 11.+12.Kl.	Klassenanzahl	Frequenz	Abiturienten
Berlin	2 560	125	20,4	1 630
Brandenburg	5 200	290	17,9	3 040
Mecklenburg	4 320	250	17,3	2 480
Sachsen/Anh.	6 900	380	18,4	3 830
Sachsen	10 600	580	18,4	6 030
Thüringen	5 060	280	18,1	2 840
Gesamt	34 720	1 900	18,3	19 850

¹ Gerundete Zahlen

Quelle: nach Berechnungen von W. Nixdorff/I. Dietrich, APW

Tabelle D: Sonderschulen und Hilfsschulen nach Ländern¹

Land	Schüler 1.+10.Kl.	Klassen- anzahl	Frequenz	Vorzeitige ² Abgänger
Berlin	5 690	620	9,2	860
Brandenburg	10 340	1 100	9,4	1 890
Mecklenburg	9 230	950	9,7	1 560
Sachsen/Anh.	11 650	1 250	9,3	2 070
Sachsen	14 790	1 650	9,0	3 320
Thüringen	9 260	960	9,6	1 870
Gesamt	60 100	6 520	9,4	11 600

¹ Gerundete Zahlen - ² Vorzeitige Abgänger, die das Ziel der 8. Klasse erreichten sowie der Klassen 9 und 10
Quelle: Nach Berechnungen von W. Nixdorff, APW

Tabelle E: Berufsausbildung nach Ländern¹

Land	Lehrlinge	Einrich- tungen		Lehr- kräfte		Grund- mittel Mio M	Haushalts- ausgaben Mio M
		Schulen	BAK ²	Theo- rie	Pra- xis		
Berlin	25 800	42	29	1180	2290	45 380	44 280
Brandenburg	54 820	174	141	2940	4870	94 600	205 040
Mecklenburg	48 240	127	114	2310	3925	87 700	125 080
Sachsen/Anh.	68 010	181	153	3150	5670	133 100	206 870
Sachsen	104 240	276	203	4810	8425	208 290	275 200
Thüringen	58 180	165	109	2910	4950	82 030	173 600
Gesamt	259 290	965	749	17300	29830	651 100	1030 070

¹ Gerundete Zahlen

² BAK: Betriebsakademien

Quelle: Nach Berechnungen von D. Burkhardt, ZIB

Tabelle F: Hochschulwesen nach Ländern in % von DDR (Stand 1988)

Land	Ein- rich- tun- gen	Stu- die- rende ¹	Teiln. Wei- ter- bild.	Ar- beits- kräfte	Hoch- schul- lehrer	Grund- mitz ³	Wohn- plät- ze ⁴	Haus- halts- aus- gaben
Berlin	13,0	19,7	24,5	14,2	17,9	18,7	11,8	18,4
Brandenburg	7,4	4,4	2,6	3,3	4,7	2,5	5,3	2,6
Mecklen- burg ²	9,3	9,5	10,3	14,7	11,6	10,6	11,5	13,4
Sachsen/ Anhalt	18,5	14,9	14,8	18,1	15,6	17,0	18,6	16,4
Sachsen	40,7	41,3	37,8	35,2	39,3	37,9	41,1	35,6
Thüringen	11,1	10,2	10,1	14,5	10,8	13,3	11,6	13,5

¹ Studierende in den Hauptstudienfächern - ² Ohne PH Neubrandenburg

³ Bruttowert - ⁴ Verfügbare Wohnplätze

Quelle: nach Berechnungen von H. Vogel, ZHB

Anhang 5

Anschriften der DDR-Bildungsverwaltung

Ministerrat der DDR
Klosterstraße 47
Berlin 1020
Tel. 2 33 39 41 - Tlx. 1 152-411

Ministerium für Arbeit und Soziales
F.-Schmenkel-Straße 17-23
Berlin 1157
Tel. 5 09 13 19 - Tlx. 1 13 274

Ministerium für Bildung und Wissenschaft
Marx-Engels-Platz 2
Berlin 1020
Tel. 2 33 48 96 - Tlx. 1 152-415

Ministerium für Familie und Frauen
Rathausstraße 3
Berlin 1020
Tel. 2 33 42 41 - Tlx. 1 152-363

Ministerium für Forschung und Technologie
Köpenicker Straße 325 a
Berlin 1170
Tel. 6 57 60 - Tlx. 1 13 071/1 13 073

Ministerium für Jugend und Sport
Mohrenstraße 6
Berlin 1086
Tel. 2 32 17 71 - Tlx. ü. 1 152-411

Ministerium für Kultur
Molkenmarkt 1-3
Berlin 1020
Tel. 2 33 40 10 - Tlx. 1 152-300

Ministerium für Medienpolitik
Otto-Grotewohl-Straße 19b
PSF 1326
Berlin 1086
Tel. 2 32 99 23 - Tlx. ü. 1 152-301

Statistisches Amt der DDR
Hans-Beimler-Straße 70-72
Berlin 1026
Tel. 23 50 - Tlx. 1 14 872/1 14 876

Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR
Otto-Grotewohl-Straße 11
Berlin 1080
Tel. 2 30

Akademie der Wissenschaften der DDR
Otto-Nuschke-Straße 22/23
Berlin 1086
Tel. 2 07 00 - Tlx. 1 14 426

Hochschule für Recht und Verwaltung
August-Bebel-Straße 89
Potsdam-Babelsberg 1590
Tel. 7 67 01 - Tlx. 1 15 508

Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR
Reinhold-Huhn-Straße 5
Berlin 1086
Tel. 2 20 84 00

Zentralinstitut für Information und Dokumentation der DDR
Köpenicker Straße 80/82
Berlin 1020
Tel. 2 39 13 63

Quelle: Beyer, Hans-Joachim (Hrsg.): Handbuch der DDR-Betriebe.
Köln: Deutscher Institut-Verlag, 1990, S. 40, 41, 43, 63, 64